

ISLAM

Fatwa-Inflation

Laut Scheich Mohammed al-Munadschid, einem Prediger aus Saudi-Arabien, trägt das Böse weiße Handschuhe und hat schwarze, runde Ohren. Als einen „Soldaten des Satans“ will der Kleriker die Comicfigur Micky Maus identifiziert haben – denn nach islamischem Recht seien Mäuse generell unerwünschte Tiere. In einer Fatwa, einem islamischen Rechtsgutachten, forderte Munadschid vergangene Woche deswegen zum Mord an der Zeichentrickfigur auf. Kurz zuvor hatte Salih al-Luheidan, immerhin Vorsitzender des Obersten Gerichtshofs in Saudi-Arabien, in einer anderen Fatwa gleich die Tötung von



Munadschid

Fernsehbossen verlangt, die für das Ausstrahlen von „verdorbenen und ausschweifenden“ Sendungen verantwortlich seien – nach heftigen Protesten musste er seinen Spruch allerdings revidieren. Eine

dritte Fatwa erreichte die Welt zuvor aus Marokko: Dort hatte ein radikaler Laienprediger ein Gutachten geschrieben, das die Eheschließung mit einer Neunjährigen für Scharia-konform befand; eine solche Heirat sei schließlich auch vom Propheten Mohammed überliefert. Dass es von absonderlichen Fatwas nur so wimmelt, ist kein unbekanntes Problem in der islamischen Welt. Da es – zumindest im sunnitischen – Islam keine zentrale religiöse Instanz gibt, kann jeder selbsternannte „Gelehrte“ ein solches Gutachten erstellen. Die ägyptische Azhar-Universität versucht deshalb, mit der Ausbildung von hochangesehenen Rechtsgelehrten gegenzusteuern und so den Einfluss allzu kommentarfreudiger Glaubensbrüder einzudämmen.



Besorgte Eltern in Xian

CHINA

Chaotische Bedingungen

Die Schlange vor dem Peking Institut für Kinderkrankheiten windet sich bis in den Garten, mehr als hundert Mütter und Väter warten mit ihren Babys auf eine Ultraschalluntersuchung. „Wir haben ihr seit der Geburt Sanlu-Milch gegeben“, sagt eine Frau, ihre drei Monate alte Tochter Yutong im Arm. „Manchmal weint sie beim Wasserlassen, vielleicht hat sie Schmerzen.“ 22 Firmen sind mittlerweile in den Skandal um vergiftetes Milchpulver verwickelt; Hauptsünder ist das mehrheitlich staatliche Unternehmen Sanlu. Bis Freitag voriger Woche erkrankten über 6200 Babys, vier Kinder starben. Wie sich jetzt herausstellte, ist bereits seit 2005 Milch mit Melamin gepanscht worden; die gewöhnlich in Harzen und Klebstoffen verwandte Chemikalie sollte einen höheren Proteingehalt der Milch vortäuschen. Dass die Manipulation nicht auffiel, verdankt Sanlu auch einer Regelung, nach der renommierte Lebensmittelhersteller ihre Produkte nicht mehr kontrollieren lassen mussten. Der Milchpulverskandal und die Affären um schädliche Stoffe in Teigtaschen, Zahnpasta, Hustensaft und Tierfutter demonstrieren, dass Chinas Kontrollsystem nicht funktioniert. Von 39 Produkten, die Anfang September auf der EU-Liste gefährlicher Importwaren standen, stammten 30 aus China. Auch Chinas Krisenmanagement, seit der Lungenkrankheit Sars in Verruf, hat sich kaum gebessert. Lokale Funktionäre haben zugegeben, dass sie erste Berichte über die Melamin-Milch von Sanlu bereits am 2. August erhielten – laut Gesetz hätten sie die Provinzbehörde „innerhalb von zwei Stunden“ unterrichten müssen. Doch der Skandal wurde erst einen Monat später bekannt. Die Affäre zeige „chaotische Bedingungen in der Industrie und Lücken im Management“, wettet die Regierung jetzt. Dabei gab sie selbst vor Beginn der Olympischen Spiele eine Liste von 21 Richtlinien und Tabuthemen für die Zeit der Wettbewerbe heraus. Unerwünscht waren demnach Berichte über mögliche U-Bahn-Unglücke in Peking sowie über die Auswahl von Spitzensportlern. Ein Passus lautete: „Alle Angelegenheiten der Nahrungsmittelsicherheit, etwa über krebserregendes Mineralwasser, sind verboten.“ Das Zentralfernsehen darf jetzt für Berichte über den Milchpulver-Skandal nur noch Material der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua verwenden. Und die betont, wie energisch die Partei auf die Versäumnisse reagiere.

DÄNEMARK

Jungfrau zu verleihen

Sie wurde beschmiert, verkleidet, amputiert, ins Wasser gestoßen und zweimal sogar enthauptet – „die kleine Meerjungfrau“ hat viel durchgemacht, seitdem sie im Sommer 1913 im Kopenhagener Hafen auf einem Felsen Platz nahm. Jetzt wird das nationale Wahrzeichen Dänemarks auch noch zum politischen Zankapfel. Das Wirtschaftsminis-

terium und Kopenhagens Bürgermeisterin Ritt Bjerregaard wollen die 1,25 Meter kleine Bronze-Statue, die jährlich eine Million Touristen anzieht, zur Expo 2010 nach Shanghai schicken. Im dänischen Pavillon soll sie in einem Bassin mit original Ostsee-Hafenwasser sechs Monate lang die Chinesen erfreuen. Das bringt die rechts-populistische Dänische Volkspartei in Rage, die ansonsten die Mitte-Rechts-Minderheitsregierung stützt. Karin



Meerjungfrau

Nødgaard, Vorsitzende des Kulturausschusses, findet es geradezu „grotesk“, das „nationale Kleinod“ nach Asien zu entsenden. Schließlich würde auch „niemand auf die Idee kommen, die New Yorker Freiheitsstatue zu verleihen“. Die dänischen Expo-Organisatoren haben indes

noch andere Einfälle. Sie wollen das Kopenhagener Original in der fraglichen Zeit durch eine von chinesischen Künstlern geschaffene Meerjungfrau ersetzen.